

Postkommunistische Geschichtsinterpretationen

Die PDS und die Liquidierung der Ost-SPD 1946¹

Mike Schmeitzner

1. Einführung

Kaum ein anderes Thema der Zeitgeschichte ist bis auf den heutigen Tag derart kontrovers und emotional behandelt worden wie die Gründung der SED in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946. War dieser Vorgang für die West-SPD und die Mehrheit der bundesdeutschen Historiker seit dem Diktum Gustav Dahrendorfs eine „Zwangsvereinigung“, die gegen den mehrheitlichen Willen der ostdeutschen Sozialdemokraten vollzogen wurde, so feierten die SED-Historiker seit den frühen 50er Jahren diese Fusion als einen historischen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, ja der jüngsten deutschen Geschichte überhaupt, da mit der Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung auf marxistisch-leninistischer Grundlage die Voraussetzungen für die Realisierung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung geschaffen worden seien. Für letztere war es zudem evident, daß die Vereinigung „gesetzmäßig“ erfolgte und von der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder beider Parteien getragen wurde.

Vor allem seit Öffnung der ostdeutschen und sowjetischen Archive ab 1990 bietet sich dem Zeithistoriker ein ziemlich eindeutiges Bild: Bei dem von der SMAD und ihrer Propaganda-Abteilung in der SBZ geschaffenen politischen System handelte es sich zuerst um eine simulierte Demokratie, die nach dem Scheitern des gesamtdeutschen Anspruchs Moskaus bis 1950 in eine offene kommunistische Diktatur transformiert wurde. Politisch Handelnder in diesem System der simulierten Demokratie war ab Sommer 1945 die KPD, genauer: die Moskauer-Kader der Partei, die ihre im sowjetischen Exil entworfene Konzeption Stück für Stück in einem Teil Deutschlands verwirklichen konnten. Den anderen zugelassenen Parteien, nämlich SPD, CDU und LDP, fiel von Anfang an nur die Rolle von Statisten zu, die im Antifa-Block den kommunistischen Entwürfen zuzustimmen hatten. Bei Zuwiderhandlungen drohten einschneidende Sanktionen der SMAD; an die Realisierung eigener politischer Konzepte war ohnehin nicht zu denken. Als im Herbst 1945 deutlich wurde, daß nicht die KPD zu der von ihr selbst erhofften nationalen Volkspartei avancieren und damit auch parlamentarisch reüssieren würde, sondern die zu Anfang unterschätzte SPD, leitete die Spitze der SMAD nach Rücksprachen mit Stalin die bereits bekannte Fusionskampagne ein. Daß bei der nun angestrebten Vereinigung beider Parteien auf keinen Fall an eine langfristige gleichberechtigte Partnerschaft gedacht war, unterstrichen beispielsweise die KPD-Führer Franz Dahlem und Hermann Matern, die im engen Zirkel der Partei nicht nur die Liquidierung der SPD als Partei, sondern auch die Ausschaltung des sozialdemokratischen Elements innerhalb der umgenannten KPD zum Ziel

¹ Bei dem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, den der Autor am 20.9.2001 unter dem Titel „Die Liquidierung der SPD in der SBZ in der Geschichtsinterpretation der PDS“ auf einer Fachtagung der Akademie für politische Bildung Tutzing gehalten hat.

erklärten.² Die bis 1949 tatsächlich realisierte Liquidierung der SPD in der SED und die Gleichschaltung der vormals demokratisch strukturierten CDU und LDP zu prokommunistischen Blockparteien bildeten die Voraussetzungen für das sukzessiv errichtete Diktatorsystem der Kommunisten.

2. Die Geschichtsinterpretation der PDS nach 1990

Die Gründung der SDP in der DDR Anfang Oktober 1989 bedeutete für den ideologisch verbrämten Macht- und Führungsanspruch der SED einen entscheidenden Schlag. Der im April 1946 eingeschmolzene „Arm“ der Ost-SPD wurde mit diesem Akt zuerst wohl eher symbolisch und kurze Zeit später auch faktisch wieder zurückgezogen. Versuche der kommunistischen „Einheitspartei“, ihren Führungs- und Machtanspruch durch die geheimdienstliche Bearbeitung der SDP oder durch politische Umarmungsversuche zu retten, schlugen allesamt fehl. Die erneute „Spaltung“ der Arbeiterbewegung wurde unumkehrbare Realität, die SED mußte darauf ihren Namen ändern. Noch Jahre später machte der führende PDS-Politiker Gregor Gysi einige „protestantische Pfarrer und Individualisten“³ indirekt für diese „Spaltung“ verantwortlich.

In der Geschichtsinterpretation der PDS wurde die Diktion der SED-Historiker auch in den Jahren nach 1990 weitgehend beibehalten, was aufgrund der personellen Kontinuitäten (Günther Benser, Hans-Joachim Krusch oder Heinz Niemann) und der jahrzehntelangen Verpflichtung auf die „Einheitspartei“ kaum verwundert. In Beiträgen für die PDS-nahe Zeitung „Neues Deutschland“ wandten sich parteigebundene oder parteinahe Historiker wie Niemann oder Krusch wiederholt gegen den angeblichen Kampfbegriff der „Zwangsvereinigung“; sie gingen auch jetzt noch von einer durch die Mehrheit der Mitgliedschaft legitimierten Vereinigung aus, die historisch notwendig gewesen sei. Niemann zog in einem ND-Beitrag von 1990 sogar die Legitimität der West-Berliner Urabstimmung der SPD vom März 1946 in Zweifel.⁴ Eine Ausnahme bildete der PDS-Bundestagsabgeordnete Dietmar Keller, der als Mitglied der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Anfang 1993 von einer erzwungenen Vereinigung sprach. Für ihn stellte die SPD die einzig legitimierte und demokratische Partei der deutschen Arbeiterbewegung dar. Es war bezeichnend, daß Keller zu den nachfolgenden Bundestagswahlen 1994 nicht wieder als Kandidat der PDS aufgestellt wurde.⁵

Mitte Dezember 1995 präsentierte der Sprecherrat der Historischen Kommission der PDS eine „Erklärung“ zum „50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD“ der Öffentlichkeit, die vom Historiker Günther Benser entworfen, von der Historischen Kommission erörtert und von deren Sprecherrat verabschiedet worden war. Laut Benser hatte sich die Historische Kommission „mit Bedacht“ im weiten Vorfeld des 50. Jahrestages der

² Vgl. dazu etwa Mike Schmeitzner, *Schulen der Diktatur. Die Kaderausbildung der KPD/SED in Sachsen 1945-1952* (Berichte und Studien Nr. 33), Dresden 2001, S. 30 und 70.

³ Gregor Gysi, *Das Dilemma der „Zwangsvereinigung“*, in: *Neues Deutschland* vom 20./21.4.1996.

⁴ Vgl. Alexander Wendt, *Das „Neue Deutschland“ nach 1989: Zwischen Revisionismus und Apologetik*, in: Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hg.), *Halbherziger Revisionismus: Zum postkommunistischen Geschichtsbild*, München 1996, S. 251 und 257 f.

⁵ Michael Laubsch, *Geschichtsbild und historische Aufarbeitung der PDS/Linke Liste im 12. Deutschen Bundestag*, in: ebd., S. 243 ff.

SED-Gründung erstmals zu einem „herausragenden punktuellen Ereignis positioniert“.⁶ Sie wollte mit den auf 15 Seiten ausgebreiteten 10 Thesen der angeblichen „Rückkehr zu simplen, emotional aufgeladenen Bildern des Kaltes Krieges“ entgegenwirken, die mit dem „Anschluß- und Vereinigungsprozeß auf deutschen Boden“ verbunden sei.⁷

Was Benser und die Historische Kommission zu „bedenken“ gaben, hob sich freilich nur in Nuancen von dem nach 1990 geschriebenen ab. Eine Anerkennung der Fusion von 1946 als Zwangsvereinigung und vorsätzliche Liquidierung der Ost-SPD wurde klar zurückgewiesen, obwohl entsprechende Dokumente längst eingesehen werden konnten.⁸ Mit einer dialektisch verbrämten „Sowohl-als-auch“-Strategie versuchten sich die PDS-Historiker einer eindeutigen Bewertung der Vorgänge zu entziehen. Auf der einen Seite bezeichneten sie die KPD völlig zu Recht als „wichtigste Stütze und den deutschen Vollstrecker“ der sowjetischen Besatzungsmacht, und konstatierten, daß es durch die geringe Anziehungskraft der KPD einer „Einbindung des sozialdemokratischen Potentials“ in einer „auf die Sowjetunion orientierten und unter sowjetischem Einfluß stehenden Einheitspartei“ bedurfte, um die sowjetische Deutschlandpolitik „hinreichend abzustützen“.⁹ Auf der anderen Seite wurden diese gewunden vorgetragenen Erkenntnisse durch die These konterkariert, daß das „politische Projekt einer Einheitspartei der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes [...] keine bloße Drapierung eines Führungs- und Machtanspruches der KPD“ dargestellt habe.¹⁰ Die „große Anziehungskraft“ eines solchen Projektes habe vielmehr aus der Spaltung der Arbeiterbewegung seit 1914 und dem gemeinsam erlittenen Hitler-Regime resultiert. Eine Mehrheit der Sozialdemokraten in der SBZ sei deshalb bereit gewesen, „ihren Führungen zu vertrauen“ und das „Einheitsparteiprojekt“ SED zu bejahen.¹¹ In diesem Zusammenhang räumt Benser ein, daß es in der SBZ zwischen Befürwortern und Gegnern der Einheit keine Chancengleichheit gegeben hätte, doch dem Instrument der Urabstimmung zur Messung des Basiswillens steht er gleichwohl skeptisch gegenüber. Einen Tiefpunkt seiner Argumentation erreicht er gerade am „Standardbeispiel Berliner Urabstimmung“, dem er aufgrund der West-Berliner Beschränkung eine mangelnde „Beweiskraft“ für die Gesamt-Berliner SPD unterstellte.¹² Hier wird die historische Tatsache einfach ausgeblendet, daß die SMAD in Ost-Berlin und in der SBZ eine Urabstimmung aus gutem Grund verhinderte. Ausgeblendet wurden bei Benser ebenso die auf die SPD abzielenden Exilplanungen der KPD in Moskau, die schon 1944 eine zuerst domestizierte und von der KPD beherrschte Sozialdemokratie und später deren Einschmelzung in eine marxistisch-leninistische Einheitspartei vorsahen.¹³ Dieser Umstand und die Tatsache, daß Benser angeblich sozialdemokratisches Versagen seit 1914 zur Re-

⁶ Streitgespräch mit Günter Benser und Manfred Wilke 50 Jahre SED-Gründung, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 4/1996, S. 293.

⁷ Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/1996, S. 57.

⁸ Vgl. die Hinweise der Interviewer Beatrix Bouvier und Norbert Seitz im Streitgespräch mit Benser und Wilke auf diesbezügliche Äußerungen Hermann Materns, a.a.O., S. 297.

⁹ Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/1996, S. 48.

¹⁰ Ebd., S. 45.

¹¹ Ebd., S. 53.

¹² Ebd., S. 52 f.

¹³ Vgl. Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 167 ff.

lativierung der historischen Ereignisse von 1945/46 anzieht, lassen seine Thesen bestenfalls als „halbherzigen Revisionismus“¹⁴ erscheinen.

Die SPD reagierte auf die Thesen Bensors und der Historischen Kommission der PDS mit scharfer Ablehnung. Noch galt die 1994 vom damaligen SPD-Bundesvorsitzenden Rudolf Scharping veranlaßte Dresdner Erklärung, in der jegliche Kooperationen mit der PDS auf Landes- und Bundesebene eine Absage erteilt worden war. Nur einen Tag nach der Benser-Veröffentlichung, am 12. Dezember 1995, ließ der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Wolfgang Thierse per Pressemitteilung wissen, daß ein „derart beschönigendes Papier“ keine Grundlage für den von der PDS geforderten wissenschaftlichen Diskurs biete. Die Thesen Bensors würden „kein einziges Wort des Bedauerns gegenüber den vielen Opfern“ der Zwangsvereinigung verlieren, dagegen aber die „historische Schuld“ der SPD z.B. für die Kriegskredite 1914 in den Vordergrund spielen. Somit sei evident, daß sich die „Nachfolgepartei der SED“ der eigenen Geschichte „nicht wirklich“ stelle.¹⁵ In einem Artikel für die Wochenzeitung „Die Zeit“ von Mitte Januar 1996 schlug der aus dem Ruhrgebiet stammende Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, Michael Donnermeyer, noch härtere Töne an. Sein als Verriß angelegter Beitrag attackierte den „rabulistischen Relativismus“ der „altkommunistischen Taschenspieler“, die mit einer „schönredenden Aufrechnung“ den „Zwangscharakter der Vereinigung zu verschleiern“ versuchten. Polemisch forderte Donnermeyer, „möge also der demokratische Zentralismus der Parteiführung Mut und Tatkraft verleihen, dieses Papier umgehend zurückzuziehen“.¹⁶ Im Februar 1996 stellten Thierse und der SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering noch einmal unmißverständlich klar: „Was Benser und die PDS hier betreiben ist, so hart muß es gesagt werden, die Fortsetzung der in der DDR betriebenen Legitimationswissenschaft.“ Die PDS-Erklärung laviere „auf unerträgliche Weise herum“ und „suggeriere“, daß letzten Endes doch eine Mehrheit der SPD-Mitglieder für die Vereinigung gewesen sei.¹⁷

Die Reaktion der SPD war nur der Auftakt für die nun folgenden Auseinandersetzungen im zeitlichen Umfeld des 50. Jahrestags der SED-Gründung. Noch im Februar 1996 teilte der SPD-Bundesvorstand mit, er werde dem „historischen Ereignis der Zwangsvereinigung von KPD und SPD“ mit zwei zentralen Veranstaltungen in Berlin Rechnung tragen. Für den 14./15. März war eine „historisch-wissenschaftliche Tagung der Historischen Kommission“ der SPD und am 20. April eine Gedenkveranstaltung u.a. mit dem Parteivorsitzenden und Prof. Hermann Weber geplant. Darüber hinaus veröffentlichte der SPD-Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit den Landesvorständen der neuen Länder eine Broschürenreihe, die eine wissenschaftlich-politische Erwiderng der Benser-Thesen darstellten.¹⁸ Alle fünf Broschüren enthielten ein Vorwort des jeweiligen Landesvorsitzenden, historische Darstellungen über die Entwicklung der SPD in den jeweiligen Ländern 1945/46 und auf zentraler Ebene sowie einen Überblick über den demokratischen Sozialismus als „Alternative zum Kommunismus“. Auffällig war, daß vier von fünf Landesvorsitzenden den Begriff der Zwangsvereinigung bereits im Titel verwendeten, der Vorsitzende von Sachsen-Anhalt, Rüdiger Fikentscher, jedoch nicht. Er zog den Begriff „Zu-

¹⁴ Hier folgt der Autor der begrifflichen Ortsbestimmung durch die Herausgeber des gleichnamigen Bandes Rainer Eckert und Bernd Faulenbach.

¹⁵ Presseservice der SPD, Bonn, den 12. Dezember 1995, 587/95.

¹⁶ Michael Donnermeyer, Die Genossen machen es sich leicht. Die PDS-Erklärung zur Zwangsvereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten steckt voller Halbwahrheiten, in: Die Zeit, Nr. 4 vom 19.1.1996.

¹⁷ Presseservice der SPD, Bonn, den 12. Februar 1996, 70/96.

¹⁸ Ebd.

sammenschluß“ vor,¹⁹ womit er sich exakt dem Sprachgebrauch der PDS und ihrer Historischen Kommission bediente. Daß diese abweichende Sprachregelung mit der seit 1994 bestehenden Minderheitsregierung Höppner und deren Tolerierung durch die PDS zusammenhing, lag auf der Hand. Erstmals hatte damit ein Landesverband der SPD eigene Positionen auf historisch-politischem Terrain wohl vor allem aus machtpolitischem Kalkül preisgegeben. Dieses „Geschäft der Verharmlosung der PDS“ attackierte insbesondere der einstige SDP-Mitbegründer Stephan Hilsberg. Anstatt den Postkommunisten zu helfen, sich zu etablieren, wofür die Sozialdemokraten „bitter bezahlen“ würden, solle die SPD geschlossen „mit einer offensiven Auseinandersetzung dafür [...] sorgen, daß die PDS in einigen Jahren wirklich der Vergangenheit angehört“.²⁰

Einen gewissen Höhepunkt fand die „Jubiläumsdebatte“ im Jahre 1996 mit der Forderung des stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Wolfgang Thierse, die „PDS als Rechtsnachfolger der SED sollte endlich das Unrecht bekennen, das die SED den Sozialdemokraten angetan hat“. Ihm fehle bislang von der Führung der PDS ein „klares Wort zur historischen Verantwortung und Schuld der SED [...] zur Zwangsvereinigung“. Dabei machte Thierse klar, daß er die SED-Gründung als das „entscheidende Datum für die Auslöschung der Sozialdemokratie auf dem Boden der SBZ-DDR“ betrachte.²¹ Diese Einschätzung und Thierses Ansinnen einer „Entschuldigung“ der PDS wiesen alle namhaften PDS-Funktionäre und Historiker zurück. In einem Streitgespräch mit dem Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, Prof. Manfred Wilke, im SPD-Theorieorgan „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ vom April 1996, lehnte Benser den Begriff der Zwangsvereinigung mit der Begründung ab, ein „Element des Zwangs ist doch in Geschichte normalerweise immer dabei“; so könne man auch „Zwangsarbeitslosigkeit“ oder „Zwangsanschluß“ sagen.²² Das „Neue Deutschland“ antwortete mit einem bemerkenswerten Beitrag unter dem Titel „Wenn Schuld abgewogen wird“. Darin erklärte Uwe Soukup, daß die „Elemente von Zwang 1946 [...] in keinem Verhältnis zu dem Terror“ gestanden hätten, „mit dem die SPD-Führer 25 Jahre zuvor nicht nur Kommunisten, sondern auch ihre eigenen Anhänger überzogen“ hätten.²³ Der stellvertretende PDS-Parteivorsitzende Wolfgang Gehrcke erwiderte Thierse unmißverständlich: „Die Forderung nach Entschuldigung und Bekenntnis ist unernst und verhindert tatsächliche Erkenntnisse.“²⁴ Gregor Gysi ließ es sich schließlich nicht nehmen, das Etikett der Zwangsvereinigung der SPD in „dialektischer“ Weise anzuheften: So sei die offen erklärte Absicht einiger Sozialdemokraten, eine etwaige Kooperation mit der PDS zum Zwecke ihrer langfristigen Austrocknung ein „moderner Versuch – demokratisch verbrämt und ohne Repressalien – der ‚erzwungenen‘ Vereinigung“.²⁵

¹⁹ Helmut Lölhöfel, SPD bekräftigt Thesen über SED-Gründung, in: Frankfurter Rundschau vom 13.2.1996.

²⁰ Stephan Hilsberg, Zwangsvereinigung mit Terror und Mord – und nun eine Verharmlosung der PDS, in: Welt am Sonntag vom 21.4.1996.

²¹ Wolfgang Thierse, SED – Eine Zwangsvereinigung? (Pro), in: Leipziger Volkszeitung vom 23.2.1996.

²² Streitgespräch mit Günter Benser und Manfred Wilke 50 Jahre SED-Gründung, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 4/1996, S. 299 f.

²³ Uwe Soukup, Wenn Schuld abgewogen wird, in: Neues Deutschland vom 9./10.3.1996.

²⁴ Wolfgang Gehrcke, SED – Eine Zwangsvereinigung? (Contra), in: Leipziger Volkszeitung vom 23.2.1996.

²⁵ Gregor Gysi, Das Dilemma der „Zwangsvereinigung“, in: Neues Deutschland vom 20./21.4.1996.

3. Der Testlauf in Mecklenburg-Vorpommern 1994-1998

Eine Sonderentwicklung fand jenseits der zentralen Ebene in Mecklenburg-Vorpommern statt, wo PDS und SPD schon 1994 erste politische Gespräche führten, zwei Jahre später den CDU-Ministerpräsidenten zu stürzen versuchten und 1998 die erste gemeinsame Regierung in einem Bundesland vereinbarten. Die Thematisierung der Zwangsvereinigung und die Abgabe einer entsprechenden „Erklärung“ durch die PDS spielte in diesem Prozeß eine bedeutsame Rolle und „ebnete den Weg zur rot-roten Koalition“.²⁶ Eine nähere Untersuchung des hier exemplifizierten Wechselverhältnisses von postkommunistischer „Geschichtsbewältigung“ und Regierungsbeteiligung erscheint gerade mit Blick auf die spätere zentrale Entwicklung äußerst aufschlußreich.

Für die PDS markierte Mecklenburg-Vorpommern die günstigste Ausgangsposition in den neuen Ländern, um zurück an die Macht zu gelangen. Hatten die Postkommunisten bereits bei den ersten Landtagswahlen 1990 mit 15,7 % als einziger Landesverband im Osten die 15 %-Marke überschritten, konnten sie bei den darauf folgenden Landtagswahlen 1994 mit 22,7 % ebenso konkurrenzlos die 20 %-Marke hinter sich lassen. Nach diesem Wahlerfolg der PDS waren die Führungsgremien der Landes-SPD bereit, mit der Partei der Postkommunisten in politische Verhandlungen einzutreten, hatte doch die bisher amtierende Regierung aus CDU und FDP ihre Mehrheit eingebüßt. Zu einer Kooperation zwischen SPD und PDS kam es aber vorerst nicht: Die von Rudolf Scharping geführte Bundes-SPD drohte ihrem nordostdeutschen Landesverband bei einem Weiterverhandeln mit einem „Riesenkrach“. Der PDS-Landesverband lehnte seinerseits die vom SPD-Landesvorsitzenden Harald Ringstorff verlangte Stellungnahme zu vier Punkten ab, wovon einer die Zwangsvereinigung von KPD und SPD beinhaltete.²⁷ Darauf bildeten SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern eine Regierung der Großen Koalition, die aber von einem erheblichen Teil der SPD von vornherein nicht als „Liebesheirat“ betrachtet wurde.

Obwohl der PDS-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, auch weiterhin betonte, daß man sich den „politisch motivierten Vorgaben insbesondere der SPD-Führung“ in Schwerin nicht beugen werde, wollte er doch andererseits die „weitere Aufarbeitung der Geschichte vorbehaltlos unterstützen“.²⁸ Zu diesem Zweck arrangierte der PDS-Landesverband aus Anlaß des 50. Jahrestages der SED-Gründung am 13. April 1996 eine „Geschichtskonferenz“ in Rostock. Neben Günther Benser, der hier seine bekannten Thesen vortrug, kamen auch mehrere Zeitzeugen zu Wort. Doch nur eine von ihnen, die ehemalige Ehrenvorsitzende des SPD-Landesverbandes, Käthe Woltemath, stellte sich Benser mit dem Diktum der „diktatorischen Vereinigung“ entgegen.²⁹ Wenige Tage nach dieser Veranstaltung, am 18. April 1996, präsentierte der Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern anläßlich des „50. Jahrestages des Zusammenschlusses von KPD und SPD“ eine „Erklärung“, in der er sich schon eingangs der angeblich „inten-

²⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.4.2001.

²⁷ Vgl. Gero Neugebauer/Richard Stöss, Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 82 und 259 f.

²⁸ Erklärung des Landesvorstandes der PDS Mecklenburg-Vorpommern anläßlich (des) 50. Jahrestages des Zusammenschlusses von KPD und SPD, Schwerin, 18.4.1996.

²⁹ Der Zusammenschluß von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Beiträge und Diskussion der Geschichtskonferenz der PDS Mecklenburg-Vorpommern und des Forums für politische und interkulturelle Bildung e.V. vom 13. April 1996, herausgegeben von Lothar Elsner und Steffen Flechsig, Heft 4, Rostock 1996, S. 41.

siven“ Geschichtsaufarbeitung der vergangenen beiden Jahre rühmte. Inhaltlich blieb die „Erklärung“ jedoch weitgehend auf der von Benser vorgegebenen Thesen-Linie. So wurden etwa die „sehr leidvollen Erfahrungen“ von Kommunisten und Sozialdemokraten besonders in der Zeit des Dritten Reiches bemüht, um den verstärkten „Wunsch zur Einheit“ an der Basis 1945/46 herauszustellen. Demgegenüber unterstellte die „Erklärung“ beiden [!] Parteiführungen „Vorherrschaftsansprüche“, die eine „zunehmend bestimmendere Rolle“ eingenommen und mit den „damit verbundenen politischen Deformierungen“ den auf demokratische Legitimation bedachten Einheitsdrang an der Basis „diskreditiert“ hätten. Auch wenn in dem darauffolgenden Absatz die „rigorose avantgardistische Ausrichtung“ der KPD und der SED einer Kritik unterzogen wird, so zeigen doch gerade diese an der sowjetisch-kommunistischen Vorherrschaft wie an den Urabstimmungsforderungen der sozialdemokratischen Führungen vorbezielenden Ausführungen, welche Art von „Geschichtsaufarbeitung“ die PDS bevorzugt. Insofern war es nur konsequent, wenn in der „Erklärung“ der Begriff der Zwangsvereinigung mit der Begründung abgelehnt wurde, er würde einerseits „auf neue Weise eine undifferenzierte und ahistorische Geschichtsbeachtung aufleben“ und andererseits der „Komplexität des historischen Prozesses in keiner Weise gerecht“. Neu war an der „Erklärung“ einzig die Kritik an dem Vorgehen der Sowjets und der Führung der KPD gegen widerständige Sozialdemokraten und Kommunisten im und nach dem Vereinigungsprozeß sowie das Bedauern der „Opfer jener Übergriffe“.³⁰ Diese politisch-historische Facette muß im Kontext mit dem von Holter auf der PDS-„Geschichtskonferenz“ vorgetragenen „Wunsch“ verstanden werden, das historische Datum zum Anlaß zu nehmen, um über „Alternativen zur gegenwärtigen Politik“ und über „Chancen [...] für politische Veränderungen in Mecklenburg-Vorpommern“ nachzudenken.³¹

Mit diesem „Wunsch“ stieß Holter - auch vor dem Hintergrund der bereits absolvierten „Geschichtsaufarbeitung“ - bei der Landes-SPD auf noch offenere Ohren als 1994. Genau am selben Tag, als der PDS-Landesvorstand seine „Erklärung“ zur Vereinigungsfrage beschloß (18. April), trafen sich die Fraktionsvorsitzenden von SPD und PDS, Gottfried Timm und Caterina Muth, zu Gesprächen, um über ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen Ministerpräsident Bernd Seite (CDU) zu beraten. Ein erheblicher Teil der Landes-SPD, den der Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Harald Ringsdorff um sich scharen konnte, versuchte in jenen Tagen, das Regierungsbündnis mit der CDU mitten in der Legislatur zu sprengen und eine Koalition mit der PDS einzugehen. Anlaß dieser Aktion war eine Auseinandersetzung in der Regierung um die Sanierung der Ost-Werften. Dieser Versuch scheiterte jedoch daran, daß sich vor allem der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Johannes Rau intern gegen einen derartigen Wechsel aussprach und drohte, alle Ämter niederzulegen.³² Überdies fanden in jener Zeit die vom SPD-Bundesvorstand öffentlichkeitswirksam inszenierten Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Zwangsvereinigung statt. Ein fliegender Koalitionswechsel von der CDU zur PDS hätte da wohl kaum in das sorgsam geschmückte Jubiläumsbild der Bundes-SPD gepaßt.

Doch aufgeschoben war nicht aufgehoben. Auf ihrem Sonderparteitag Ende November 1996 in Kühlungsborn nannte die Landes-SPD in einer programmatischen Erklärung als

³⁰ Erklärung des Landesvorstandes der PDS Mecklenburg-Vorpommern anläßlich (des) 50. Jahrestages des Zusammenschlusses von KPD und SPD, Schwerin, 18.4.1996.

³¹ Der Zusammenschluß von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Beiträge und Diskussion der Geschichtskonferenz der PDS Mecklenburg-Vorpommern und des Forums für politische und interkulturelle Bildung e.V. vom 13. April 1996, S. 6.

³² Vgl. Axel Brückom, Jenseits des „Magdeburger Modells“, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 9. Jahrgang 1997, Baden-Baden 1997, S. 182.

„wichtigstes Wahlkampfziel, diese konservative, unsoziale Politik abzulösen“. Damit hatte sie sich faktisch gegen eine weitere Zusammenarbeit mit der CDU nach den nächsten Landtagswahlen ausgesprochen. Eine eindeutige Koalitionsaussage wurde allerdings abgelehnt. Nach Lage der Dinge kam dafür aber nur die PDS in Frage. Entsprechende Hinweise finden sich in der „Kühlungsborner Erklärung“: Obwohl man Teile der PDS hier als linksextremistisch bezeichnete, wurde an anderer Stelle die Politik der PDS lediglich als „widersprüchlich und populistisch“ charakterisiert. Und auch der Hinweis, es sei nicht Aufgabe der SPD, die „PDS regierungsfähig zu machen“, wurde durch die Aufforderung an die Adresse der PDS konterkariert, die Postkommunisten müssten ihre Auseinandersetzung „über ihre SED-Vergangenheit und Verantwortung für das DDR-Regime“ weiterführen. Das hierin plazierte Lob über eine schon begonnene Geschichtsaufarbeitung und einen innerparteilichen „Klärungsprozeß“ durfte wohl als Signal an die Landes-PDS gewertet werden.³³

Derartige Signale verdichteten sich bis zu den Ende September 1998 stattfindenden Landtagswahlen zur Gewißheit: Im Windschatten der zeitgleich abgehaltenen Bundestagswahl wurde nun auch mit innerparteilichem Rückenwind aus Bonn die zwei Jahre zuvor noch verfehlte Koalition mit der PDS ins Werk gesetzt. Die Verweigerungshaltung von einem Drittel der Fraktion, von über 30 % der Parteitage delegierten und der Abspaltung einer „Sozialliberalen Partei“ wurde dabei von der Führung der Landes-SPD in Kauf genommen. Der „Damm der Abgrenzung zwischen einer demokratischen und einer extremistischen Partei (war) endgültig gebrochen“.³⁴ Die Bedeutung dieser Zäsur hatte auch der führende PDS-Politiker Gregor Gysi vor Augen, als er vom gebrochenen „Bann über die PDS“ sprach.³⁵ In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS wurde immerhin an hervorgehobener Stelle betont, man wolle dafür eintreten, daß sich „Menschen in Deutschland versöhnen können“. Dies könne nur durch eine „wahrheitsgemäße Aufarbeitung der deutschen Geschichte seit 1945“ und nicht durch Verdrängung geschehen. Die PDS bekannte sich dazu, „daß die SED für politisches Unrecht in der DDR verantwortlich war“.³⁶ Vor dem Hintergrund dieser hehren Ziele beleuchtete die im Sommer 1999 gehaltene Trauerrede Helmut Holters am Grab des letzten kommunistischen Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns (1951/52) und langjährigen Mitgliedes des ZK der SED, Bernhard Quandt, freilich eine andere Geisteshaltung („Wir beklagen den Tod eines unerschrockenen Kämpfers für Gerechtigkeit und Frieden.“). Die Niederlegung eines Kranzes der Landesregierung konnte – vermutlich aus dem Lager der SPD – noch rechtzeitig verhindert werden.³⁷

³³ Kühlungsborner Erklärung, beschlossen auf dem Sonderparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommerns am 30. November 1996 in Kühlungsborn, S. 11 f.

³⁴ Axel Brückom, Das Verhältnis der SPD zur SED/PDS von 1989 bis 1998, Chemnitz 1998, unveröffentlichte Magisterarbeit, S. 137 f.

³⁵ Gregor Gysi, SPD und PDS. Die Partei des Demokratischen Sozialismus will als „normal“ angesehen werden – und dann eine rosa-rote Koalition, in: Berliner Republik 1/2001, S. 49.

³⁶ Vereinbarung zwischen dem SPD-Landesverband und der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern einerseits und des PDS-Landesverbandes und der PDS-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern andererseits über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 3. Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, S. 1.

³⁷ Martin v. Schade, Lobrede auf einen SED-Bonzen. Dabei wollte er die Todesstrafe für Regimegegner, in: Bild vom 17.8.1999.

4. Die „Entschuldigungs-Erklärung“ und ihre Resonanz

Mit der Veröffentlichung einer sogenannten „Entschuldigungs-Erklärung“ der PDS-Spitze zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Jahre 1946 schien im April 2001 ein neues Kapitel in der postkommunistischen Geschichtsbetrachtung aufgeschlagen worden zu sein. Aus diesem Grund soll auf Entstehung, Inhalt und Bewertung der Erklärung sowie ihre politischen Wirkungen ausführlicher eingegangen werden.

4.1. Der Vorstoß Helmut Holters

Anfang April 2001 überraschte der stellvertretende Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter (PDS), seine Partei und die Öffentlichkeit mit der Forderung, die PDS müsse „Vorleistungen erbringen, wenn sie mit der SPD Regierungsbündnisse eingehen will“. In einem Interview mit dem „Berliner Kurier“ sagte Holter, seine Partei sollte sich beispielsweise bei den Sozialdemokraten „für Unrecht bei der Vereinigung von KPD und SPD entschuldigen“. Der 55. Jahrestag des Vereinigungsparteitages sei ein geeignetes Datum, „sich zur eigenen Geschichte ohne Wenn und Aber zu bekennen“.³⁸ In einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ vom 12. April unter der Überschrift „Mea culpa von der PDS?“ präzisierte Holter seine Entschuldigungsforderung weiter. Die PDS, so der Schweriner Politiker, möge sich dafür entschuldigen, „wo es bei der Vereinigung Unrecht gegeben hat“. Lothar Bisky und er hätten dies bereits getan. Im übrigen würde kein „seriöser Historiker“ doch bestreiten, „dass es 1946 auch harten Druck gegeben hat“. Auf eine Gegenfrage der ND-Redakteurin Karlen Vesper, ob sich nicht auch die „Enkel Schumachers und Adenauers für die Kalten-Kriegsuntaten ihrer Großväter entschuldigen“ müßten, meinte Holter, man solle „zuerst vor der eigenen Haustüre“ kehren, „ehe man dem Nachbarn – dem Partner und Kontrahenten in der Parteienlandschaft – Empfehlungen gibt“. Vertrauen zwischen PDS und SPD müsse wachsen, dies zeige der jahrelange Annäherungsprozeß in Mecklenburg-Vorpommern beispielhaft.³⁹

Ging Holters Forderung nach einer direkten Entschuldigung für Vereinigungsunrecht über „seine“ Schweriner Erklärung hinaus, so drang auch sie keineswegs zum Kern des Problems vor. Weder bezog sich der PDS-Politiker auf den Begriff der Zwangsvereinigung und dem darin zum Ausdruck kommenden Charakter der Fusion noch stellte er die Verschmelzung von KPD und SPD gänzlich in Frage. Unausgesprochen hielt er an der SED-Gründung als notwendigen Akt der Geschichte fest; seine Entschuldigung galt also nicht der lange vor dem April 1946 anvisierten Liquidierungsstrategie der KPD gegenüber der SPD, sondern lediglich für aufgetretenes „Unrecht“ im Vereinigungsprozeß. Holter ging es bei seinem Vorstoß um notwendig erachtete partielle Zugeständnisse seiner Partei bei der weiteren Zementierung der rot-roten Kooperation in Ostdeutschland. Hierbei übernahm er aufgrund seiner Erfahrungen in Schwerin eine „Eisbrecher“-Funktion.

Doch schon Holters partielle Zugeständnisse stießen bei Teilen der PDS-Basis auf leidenschaftliche Ablehnung. In Leserbriefen an das „Neue Deutschland“ protestierten Mitglieder und Sympathisanten gegen den angeblichen „Kotau“ vor der SPD und den „einseitigen Schuldanerkenntnissen“, wobei nicht wenige von ihnen übersahen, daß sich Holter eben nicht „ein weiteres Mal für die Zwangsvereinigung entschuldigt“ hatte. Wie wenig sich Mitglieder und Sympathisanten mit Holters Forderungen identifizieren konnten, demons-

³⁸ Zit. nach Neues Deutschland vom 6.4.2001.

³⁹ Fragwürdig: Mea culpa von der PDS? Helmut Holter, in: Neues Deutschland vom 12.4.2001.

triert z.B. der Leserbrief von Hermann Kant, der von der PDS im Entschuldigungsfalle verlangte, daß sie auch gleich noch Holvers „Zwangsvereinigung mit einem Ministeramt bedauern“ solle.⁴⁰

4.2. Die „Entschuldigungs-Erklärung“ vom 18. April 2001

Als das „Neue Deutschland“ am 19. April auf den ersten beiden Seiten die einen Tag zuvor veröffentlichte „Erklärung aus Anlass des 55. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD“ veröffentlichte und kommentierte, stellte dies nach den bereits erfolgten Vorstößen und Aufforderungen Holvers keine erhebliche Überraschung mehr dar. Interessant war freilich der Verfasserkreis und die fehlende gremienpolitische Legitimation. Als Autoren der Erklärung traten am 18. April nicht etwa die Bundesgremien der PDS in Erscheinung, sondern allein die Parteivorsitzende Gabi Zimmer und ihre Stellvertreterin Petra Pau, die gleichzeitig als Berliner Landesvorsitzende amtiert. Vor der Presse erklärten beide PDS-Politikerinnen, sie wollten sich mit ihrer Erklärung „in erster Linie“ an die eigene Mitgliedschaft wenden und „auch in den Vorstand und andere Gremien der Partei hineinwirken“.⁴¹ Von einem PDS-Parteitag wollten sie ihre Erklärung allerdings nicht beschließen lassen. Da historische Ereignisse „sehr differenziert beurteilt“ werden müßten, eigneten sie sich nicht für eine derartige Abstimmung.⁴² Spekulationen „über eine Differenzen verwischende Annäherung an die SPD“ wies Zimmer zurück. Es gehe ihr mit dem von ihr vorgelegten Papier nicht um „Fusion, sondern um Kooperation“. Für einen Vereinigungsparteitag von PDS und SPD, wie dies Oskar Lafontaine und Gregor Gysi angestrebt hätten, stehe sie „nicht zur Verfügung“, ließ auch Petra Pau vermelden.⁴³

Der Inhalt der Erklärung bewegte sich auf der geschichtspolitischen Linie, die Holter Anfang April markiert hatte. Bei der Vorstellung des Papiers mit dem bezeichnenden Titel „Vor 55 Jahren: gewollt und verfolgt. Geschichte läßt sich nicht aufrechnen“ meinte Zimmer, es gehe nicht um ein „Pauschalurteil, weder im Sinne von ‚Zwangsvereinigung‘ noch von ‚freiwillig‘“, „In der Erklärung hieß es denn auch folgerichtig, man wolle sich dafür entschuldigen, daß „die Gründung und Formierung der SED [...] auch mit politischen Täuschungen, Zwängen und Repressionen vollzogen“ worden sei. Zimmer und Pau erinnerten zudem daran, daß „viele, die sich damals dem Zusammenschluß von KPD und SPD verweigerten, [...] das mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit, nicht wenige mit dem Leben“ bezahlten. Im Kontext mit dem innerparteilichen Stalinisierungsprozeß seien ab 1948 wiederum Sozialdemokraten in der SED „gedemütigt und verfolgt“ worden. Trotz dieser Teil-Entschuldigungen beharrten beide PDS-Spitzenfrauen auch weiterhin auf der Legitimation der Vereinigung: Die Gründung der SED, so Zimmer und Pau, war „historisch erklärbar, sie war von vielen gewollt und vollzog sich regional sehr unterschiedlich“. Kein Wort über die diesbezüglichen Exilplanungen der KPD, kein Wort über die von der KPD gewollte Liquidierung der SPD durch Einschmelzung und auch kein Wort über die Politik der SMAD und Stalins! Was den Teil-Entschuldigungen jedoch von vornherein die moralische Basis entzog bzw. diese sogar konterkarierte, war die Tatsache, daß Zimmer und Pau an den Anfang ihrer Erklärung das bereits bei Benser aufgetauchte sozialdemokratische „Schuldenkonto“ stellten; konkret nannten sie die angebliche Verantwortung Gustav Noskes für die Ermordung der KPD-Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie

⁴⁰ Neues Deutschland vom 7./8.4.2001.

⁴¹ Neues Deutschland vom 19.4.2001.

⁴² Philipp Grassmann, „Historische Fragen nichts für PDS-Parteitag“, in: Süddeutsche Zeitung vom 24.4.2001.

⁴³ Neues Deutschland vom 19.4.2001.

die Verantwortung der SPD für den Berliner „Blut-Mai“ 1929 und die Inhaftierung Tausender Kommunisten. Auf diese Weise wurde die Liquidierung der SPD im Jahre 1946 schon vorab relativiert und in eine Reihe gesamt-linker „Wunden“ eingeordnet. Mit dieser plumpen Gegenüberstellung blendeten beide Verfasserinnen den unterschiedlichen Charakter von KPD und SPD vollständig aus: Denn während die Sozialdemokratie als demokratische Weimarer Regierungspartei in maßgeblicher Form den Schutz des noch instabilen demokratischen Verfassungsstaates gegen seine totalitären Gegner organisierte, versuchte die kommunistische Diktaturpartei sowohl 1919 als auch 1921 und 1923 genau diesen Staat zugunsten einer Sowjetdiktatur zu beseitigen. Daß diese gravierenden Unterschiede im Parteiverständnis von Kommunisten und Sozialdemokraten und in ihrer jeweiligen Praxis in der Erklärung nicht nur unberücksichtigt blieben, sondern wohl bewußt verwischt worden sind, offenbart das geistige Profil der heutigen PDS. Solange nicht vollends geklärt ist, ob die PDS eher bei Lenin oder bei Kautsky steht, sollte die in der Erklärung enthaltene Ausgangsofferte an die Adresse der SPD, als „plurale Linke [...] eine offene Gesellschaft erfolgreich zu verändern“, Sozialdemokraten eher schrecken als einladen.⁴⁴

4.3. Die Reaktion der PDS-Basis

Die Veröffentlichung der Erklärung von Pau und Zimmer führte in Weiterführung der Attacken gegen Holter zu einem regelrechten Sturm an der PDS-Basis. Bis zum 12. Mai 2001 gingen allein zur Erklärung ca. 500 Leserbriefe bei der Redaktion des „Neuen Deutschland“ ein. Nur ein geringer Teil von ihnen wurde bis zu diesem Zeitpunkt abgedruckt. Aber die Tendenz der hier geäußerten Meinungen zeigt, daß ein überwiegender Teil der PDS-gebundenen oder zumindest nahen Leserschaft Form und Inhalt der Erklärung scharf ablehnt. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß weder die 500 geschriebenen Leserbriefe noch die veröffentlichten ein vollständig repräsentatives Bild über die geistige Verfassung an der PDS-Basis bieten, so ist der Hinweis auf den „Unmut“ der „nicht Wenigen“, den Gregor Gysi sich am 12. Mai im „Neuen Deutschland“ genötigt sah zu geben, aufschlußreich genug.⁴⁵ Auch die Aussage des PDS-Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch, was er nach Veröffentlichung der Erklärung zu hören bekommen habe, „war schon ganz schön heftig“,⁴⁶ bestätigt im Grunde die mehrheitliche Ablehnung der Basis.

Betrachtet man den Inhalt der veröffentlichten Basis-Meinungen, wird man leicht feststellen können, daß die Lernfähigkeit der vorgeblichen demokratischen Sozialisten eng begrenzt ist, der aggressive Duktus und die leidenschaftliche Empörung der post- und realkommunistischen Ablehner hingegen eindeutig dominieren. Für die letztere Position mögen einige repräsentative Beispiele genügen: Schon kurz nach Veröffentlichung der Erklärung meldete sich fast schon erwartungsgemäß die Kommunistische Plattform in der PDS zu Wort. In einer Resolution der Sprecher der Plattform und des PDS-Vorstandsmitgliedes Sahra Wagenknecht hieß es: Der Zusammenschluß von KPD und SPD sei „historisch notwendig“ gewesen und bedürfe keiner Entschuldigung. Die angeblich von Pau und Zimmer gegebene „Pauschalentschuldigung“ sei „Selbstverleugnung“, die besonders jene Parteigenossen beleidige, die „den antifaschistischen Wiederaufbau im Osten Deutsch-

⁴⁴ Dokumentation: Vor 55 Jahren: gewollt und verfolgt. Geschichte läßt sich nicht aufrechnen, in: Neues Deutschland vom 19.4.2001.

⁴⁵ Gregor Gysi, Kritik an Gabi Zimmer und Petra Pau – weder logisch noch konsequent, in: Neues Deutschland vom 12./13.4.2001.

⁴⁶ Zit. nach Stefan Berg, Ganz schön heftig, in: Der Spiegel, Nr. 17 vom 23.4.2001, S. 36.

lands ebenso mitgestalteten wie die DDR“. Die Plattform warnte davor, die Identität der PDS zur Disposition zu stellen.⁴⁷ Der ehemalige DKP-Vorsitzende Herbert Mies sagte als Konsequenz der Erklärung seine Teilnahme an einem PDS-Hearing zur politischen Strafverfolgung in der alten Bundesrepublik ab, wie es im Tenor des „Neuen Deutschland“ hieß. Mies sprach von einem „verantwortungslosen“ Umgang Zimmers und Paus mit der Vereinigung von KPD und SPD. Er könne diesen „historischen Kniefall“ nicht sprachlos hinnehmen. Das Recht jeder Generation habe dort seine Toleranzgrenze, „wo sie zur Beschmutzung des Händedrucks zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten“ werde.⁴⁸

Mies und eine Reihe andere Leserbriefschreiber unterstellten der PDS-Führung, sie wolle sich durch eine derartige Entschuldigung koalitionsfähig machen. Während von dieser Seite der angeblich konturenlose Opportunismus der Führung, nämlich „mit der SPD ins Regierungsbett“ zu kommen, heftig angegriffen wurde, übten sich andere in reiner Polemik und persönlichen Ausfällen. Da war von der „Erbärmlichkeit des Auftritts von Zimmer und Pau“ die Rede⁴⁹ und davon, daß von der SPD „kein Honorar zu erwarten“ wäre.⁵⁰ Ein anderer forderte dazu auf, daß sich das „Neue Deutschland“ „dafür entschuldigt, daß es vor 55 Jahren erstmals erschien“.⁵¹ In der am 25. April eingerichteten Leserbrief-Rubrik „Wofür man sich noch entschuldigen könnte“ ließ das ND Leser zu Wort kommen, die polemisch anmerkten, Berlin müsse sich endlich bei den Sachsen dafür entschuldigen, daß Friedrich der Große Dresden plündern ließ; darüber hinaus könne man sich gleich noch für die „Bodenreform, die Enteignung der Banken, Konzerne und Kriegsverbrecher, für die Brechung des Bildungsprivilegs, für das gesetzlich verbürgte Recht auf Arbeit [...], für das Abhandensein von Obdachlosen und Bettlern, für eine Ästhetik, die weder dem Elitären noch dem Kitsch oder gar der Brutalität huldigte“, entschuldigen.⁵²

Der Aufforderung von Lesern und Mitgliedern, doch die Zeitzeugen zu fragen, ob sie bereit wären, sich diesem „Canossagang anzuschließen und Abbitte zu leisten, für eine Sache, die am Anfang etwas Großartiges versprach“,⁵³ kamen in der Folge gleich mehrere derart Angesprochene nach. So berichtete etwa ein Rolf Klemm aus Dresden, er habe als 16-jähriger die Vereinigung in Sachsen miterlebt. Diese sei „getreu dem Schwur in den KZ“ verwirklicht worden und von einer „übergroßen Mehrheit, nicht nur der Genossen, gewollt“ gewesen. Die von Zimmer und Pau gegebene Erklärung sei wahrheitswidrig und im Übrigen gelte der Grundsatz: „Keine großen geschichtlichen Umbrüche werden ganz ohne bedauerliche Fehlhandlungen vor sich gehen, aber diese sind nicht bestimmend für das Gesamtergebnis.“⁵⁴ Professor Moritz Mebel aus Berlin, der nach eigener Darstellung 1945-1947 als Besatzungsoffizier in Sachsen-Anhalt tätig gewesen war, focht den Satz in der Erklärung an, daß „nicht wenige“, die sich der Vereinigung verweigerten, diese Haltung mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit und ihrem Leben bezahlt hätten. Ihm sei nicht bekannt, daß in Sachsen-Anhalt auch nur einer „die Vereinigung mit dem Leben bezahlen

⁴⁷ Neues Deutschland vom 20.4.2001.

⁴⁸ Wolfgang Hübner, Allerhand Leichen im Keller. Die PDS liegt im Streit um die Entschuldigung bei der SPD, die Nachfolger der Blockparteien fühlen sich beim Thema DDR-Unrecht nicht angesprochen, in: Neues Deutschland vom 25.4.2001.

⁴⁹ Neues Deutschland vom 21./22.4.2001.

⁵⁰ Neues Deutschland vom 23.4.2001.

⁵¹ Neues Deutschland vom 20.4.2001.

⁵² Neues Deutschland vom 25.4.2001.

⁵³ Neues Deutschland vom 21./22.4.2001.

⁵⁴ Neues Deutschland vom 20.4.2001.

mußte“; dabei sei man als Vertreter der Besatzungsmacht „sehr gut informiert“ gewesen.⁵⁵ Wissenschaftlich bereits aufgearbeitete Fälle von gerade durch die Besatzungsmacht zu Tode Gekommenen (in Berlin betraf das Julius Scherff) nahm Mebel nicht zur Kenntnis.⁵⁶

Von den wenigen Erklärungsbeifürwortern, die sich im ND zu Wort meldeten, konnte sich lediglich ein einziger zu dem für ein PDS-Mitglied- oder Sympathisant bemerkenswerten Urteil durchringen, daß „de facto ein Beitritt der SPD zur KPD stattfand, also eine vergrößerte KPD mit neuem Namen entstand, von einer Vereinigung im eigentlichen Sinne also gar nicht gesprochen werden kann“.⁵⁷ Ein anderer Leser lehnte den Begriff Zwangsvereinigung ab, räumte aber ein, daß die „führenden Kommunisten an der Instrumentalisierung der von vielen Sozialdemokraten und Kommunisten gewollten Einheit für die Ziele der Besatzungsmacht auf schändliche Weise mitgewirkt haben“. Der zum Jahrestag der Vereinigung veröffentlichte Artikel Wilfriede Ottos, über den noch zu sprechen sein wird, nahm immerhin ein Leserehepaar zum Anlaß, für die darin geschilderten „erschütternden Fakten“ zu danken und die „Entschuldigungsgegner“ zu beschwören, „nachdenklich“ zu werden.⁵⁸ Professor Peter Porsch, Bundesvize der Partei und zum damaligen Zeitpunkt Landes- und Fraktionsvorsitzender in Sachsen, unterstützte die Erklärung mit einem eigens an Mitglieder und Sympathisanten im Freistaat gerichteten Brief. Darin bezeichnete er es als tragisch, daß in der PDS immer noch diejenigen verteidigt würden, „die einst den Einheitswillen der Basis für eine undemokratische Entwicklung und diktatorischen Machtanspruch ausgenutzt, die Mitglieder getäuscht und den Einigungsprozeß selbst nicht ausschließlich demokratisch vollzogen und auch mit Repressalien abgesichert haben“.⁵⁹ Bei aller Kritik an den von Porsch nicht näher genannten Moskau-Kadern der KPD und deren entscheidender Stellung innerhalb der KPD/SED, der „Einheitswille der Basis“ ist gerade am einzig meßbaren Beispiel Berlin überzeugend widerlegt, und die Formel vom „nicht ausschließlich demokratisch vollzogenen“ Einigungsprozeß übersieht willentlich, daß eine freie und wirklich demokratische Entscheidung der SPD-Mitglieder unter sowjetischer Besatzung unmöglich war.

4.4. Die Reaktion der Historischen Kommission der PDS

Die Historische Kommission der PDS wurde von dem Vorgehen der PDS-Spitzenpolitiker anscheinend weitgehend überrascht. Ihr Sprecherrat konnte sich in den Folgetagen lediglich zu einer kurzen „Stellungnahme“ aufraffen, die in Stichpunkten die Benser-Thesen von 1995 wiedergab. Damit beharrte die Kommission auf Positionen, die der „Entschuldigungs-Erklärung“ Zimmer/Pau zeitlich vorgelagert waren. Es war wohl kein Zufall, daß sie an herausgehobener Stelle die Benser-Formulierung aus den Thesen wiederholte, man solle „nichts beschönigen, aber auch einem antikommunistischen und antisozialistischen Zeitgeist keinen Tribut zollen“.⁶⁰

⁵⁵ Neues Deutschland vom 23.4.2001.

⁵⁶ Vgl. Peter Eler, Berliner Sozialdemokraten und die Internierungspraxis des NKWD/MWD in der Nachkriegszeit, in: Klaus Schroeder (Hg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 78 ff., Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, herausgegeben vom Vorstand der SPD. Mit einem Vorwort von Gerhard Schröder, Marburg 2000, S. 286 f.

⁵⁷ Neues Deutschland vom 23.4.2001.

⁵⁸ Neues Deutschland vom 25.4.2001.

⁵⁹ Neues Deutschland vom 23.4.2001.

⁶⁰ Zum Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Stellungnahme des Sprecherrates der Historischen Kommission der PDS, April 2001.

Weiter als der Sprecherrat insgesamt ging mit Wilfriede Otto eines seiner Mitglieder, die sich mit der Veröffentlichung einer gewichtigen Erich-Mielke-Biographie erst kürzlich wieder in der Fachwelt ausgewiesen hatte. Sie korrigierte exakt zum 55. Jahrestag mit einem unter dem Titel „Ein verhängnisvoller Aderlaß“ überschriebenen Artikel die bisherige Diktion der SED-PDS-Historiker von einem weitestgehend freiwilligen Zusammenschluß. So konzidiert sie den betroffenen vereinigungsunwilligen Sozialdemokraten den Begriff der „Zwangsvereinigung“, da es doch Tatsache sei, daß „es schon auf dem Weg zur SED politische Täuschung, Nötigung, Zwänge und Repressionen gegeben hat“. Der Druck Moskaus, sei, so Otto, „gravierend“ gewesen. Bemerkenswert erscheint auch, daß Otto den Verfolgungs- und Leidensweg von als „Schumacher-Agenten“ denunzierten Sozialdemokraten nachzeichnet und das Ausmaß der Säuberungen anhand der SOPADE-Zahlen nachvollzieht. Allerdings geht sie keineswegs so weit, den Gesamtprozeß der Vereinigung als „Zwangsvereinigung“ und geplante Liquidierung der Sozialdemokratie zu definieren. Die Exil-Planungen der Moskau-Kader der KPD in Bezug auf die Einheitsfrage spielen in ihrem Beitrag keine Rolle, auch nicht die decouvrierenden programmatischen Äußerungen Materns und Dahlems über die mit der Vereinigung ins Werk zu setzende Vernichtung der SPD zur Jahreswende 1945/46. In ihrer Diktion bleibt die Vereinigung auch weiterhin ein „vielversprechender und feierlicher“ Akt, der im Admiralspalast seinen Ausgang nahm. Das Ende, so Otto kennzeichnend, „diskreditiere nicht zwangsläufig den Anfang“. Erst Ende der vierziger Jahre habe sich gezeigt, daß die „beschworene Anerkennung des zweiten Hauptstroms der Arbeiterbewegung als gleichberechtigten Partner“ nicht eingehalten wurde.⁶¹

4.5. Die Erklärung des Parteivorstandes vom 5. Mai 2001

Die Erschütterungen an der Basis und die Veröffentlichungen der Historischen Kommission (W. Otto) führten schließlich dazu, daß sich der PDS-Parteivorstand auf seiner Sitzung am 5. Mai 2001 mit der „Entschuldigungs-Erklärung“ von Pau und Zimmer beschäftigte. Das 18-köpfige Gremium verständigte sich auf eine 4-Punkte-Erklärung unter dem Titel „Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht instrumentalisieren“, in der die inhaltlichen Aussagen des Zimmer-Pau-Papiers eine Relativierung erfuhren.

Vor allem in der zentralen Frage der „Entschuldigung“ erlitten beide Spitzenpolitikerinnen der PDS eine herbe Niederlage. Im Gegensatz zu ihnen wollte sich die Vorstandsmehrheit weder für die Liquidierung der Ost-SPD infolge der Zwangsvereinigung mit der KPD noch für die massenhaften Verfolgungen „entschuldigen“. Unmißverständlich hieß es hierzu in der Erklärung: „Die Vereinigung von KPD und SPD war historisch legitim und bedarf als solcher keiner Entschuldigung.“ Auch an anderer Stelle des Textes wurde darauf hingewiesen, daß sich die PDS durch ihren Parteivorstand nicht für die Gründung der SED und auch nicht für die Gründung der DDR „entschuldigen“ werde. Die Vereinigung von KPD und SPD solle nicht einmal Gegenstand „unserer historischen Kritik“ sein, sondern lediglich die „Art und Weise der Vereinigung beider Parteien und vor allem die spätere Vereinheitlichung“, die besonders das sozialdemokratische Element betroffen habe. Etwas unbestimmt wurde noch hinzugefügt, man werde „aber aus Anlass von Gedenktagen jene um Verzeihung bitten, die unter SED und DDR gelitten haben“. Für diese eher rückwärts gewandte Haltung des Gremiums ist auch der Verweis auf die umfassende Erklärung der Historischen Kommission von 1995 symptomatisch. Wären die Thesen Bensors „hinreichend“ bekannt geworden, so die Argumentation, würde es schwerer fal-

⁶¹ Wilfriede Otto, Ein verhängnisvoller Aderlaß. Zum 55. Jahrestag der Gründung der SED, in: Neues Deutschland vom 21/22.4.2001.

len, „die Auseinandersetzung mit der Geschichte von verschiedener Seite zu instrumentalisieren“. Dieser Angriff zielte auf die „etablierten Parteien“, die mit dem „notorischen Hinweis auf die vermeintlich mangelnde Auseinandersetzung der PDS mit ihrer Geschichte“ lediglich versuchen würden, die „gewonnene Politikfähigkeit der PDS zu schwächen“.

In dieses Bild paßt auch weitgehend der erste Teil der Erklärung, der sich mit der historischen Problematik beschäftigt. Wie schon bei den Benser-Thesen und der „Entschuldigungs-Erklärung“ von Zimmer/Pau wurde auch hier das „Versagen der deutschen Sozialdemokratie“ seit 1914 an den Anfang gerückt, auch wenn in diesem Falle Noske als namentlich bezeichneter Mörder von Luxemburg-Liebnecht nicht mehr in Erscheinung trat. In der Vereinigungsfrage selbst verharrete das Gremium beim „sowohl“ als „auch“. So sei die Vereinigung „einerseits der ernst gemeinte Versuch vieler überzeugter Sozialdemokraten und Kommunisten“ gewesen, durch die Fusion die vorgeblichen Ursachen der Niederlagen von 1914, 1918 und 1933 zu überwinden. „Andererseits“, und hier ging das Gremium über die Benser-Thesen hinaus, hätten „entscheidende Funktionäre der KPD“ und die „Stalinsche Führung der Sowjetunion“ die Fusion genutzt, „um die Sozialdemokratie zu instrumentalisieren, sie sich unterzuordnen und letztlich als eigenständige Kraft zu beseitigen“. Nach 1948 hätte sich diese „Tendenz“ unter Anwendung von „Betrug, Repression, Verfolgung und politischer Gewalt“ durchgesetzt. Zur Untermauerung dieser Entwicklung präsentierte das Gremium die von Wilfriede Otto genannten Säuberungszahlen mit einem Verweis auf die Autorin und ihren April-Beitrag im „Neuen Deutschland“.⁶²

Trotz der gewonnenen Teil-Einsichten hinsichtlich der historischen Problematik, muß diese Erklärung des Parteivorstandes aufgrund der Zurückweisung der von Zimmer/Pau gegebenen Entschuldigung und der Definition der Vereinigung als „historisch legitimer“ Akt als ein Rückfall hinter die Erklärung vom 18. April betrachtet werden.

4.6. Die Stellungnahme Gregor Gysis

Der am 12./13. Mai in der ND-Wochenend-Ausgabe veröffentlichte ganzseitige Artikel Gregor Gysis unter dem bezeichnenden Titel „Kritik an Gabi Zimmer und Petra Pau – weder logisch noch konsequent“ ist als eine reine Verteidigungsschrift für die Angesprochenen zu kennzeichnen. Schon die Veröffentlichung dieses Aufsatzes unterstreicht die prekäre innerparteiliche Situation der sogenannten Reformer in der Entschuldigungsfrage, was eingangs seines Artikels Gysi unumwunden zugibt. So nutzt er denn seine innerparteiliche Autorität, um das Vorgehen von Zimmer und Pau zu rechtfertigen, gleichzeitig aber deren inhaltliche Aussagen zur Vereinigung zu erweitern.

Es gehe, so Gysi mit Blick auf die Entschuldigung der beiden PDS-Politikerinnen, nicht um deren „persönliche Entschuldigung“, was angesichts ihres Alters gar nicht möglich wäre. Es gehe vielmehr um deren „Mitverantwortung für die Geschichte der Partei“, die sich aus ihren verantwortlichen Funktionen ergebe. Mit Nachdruck insistierte der ehemalige Partei- und Fraktionsvorsitzende darauf, daß die PDS ihre Geschichte aufzuarbeiten hätte, die SPD die eigene, wobei er zu erkennen gab, daß er die von Zimmer und Pau zu verantwortende Aufzählung von „Fehlern, Irrtümern und Untaten“ der SPD am Anfang der Erklärung für eher unglücklich hielt und die PDS bei einer derartigen „Aufrechnerei“ ohnehin den kürzeren ziehen würde. Er, Gysi, könne bei der Erklärung auch keine „Anbiederei an die SPD“ erkennen. Nach seiner Ansicht werde durch die Erklärung auch nicht das „Ansehen der Antifaschistinnen und Antifaschisten verletzt“, da doch die Vereinigung

⁶² „Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht instrumentalisieren.“ Erklärung des Parteivorstandes, in: PDS-Pressedienst, Nr. 19 vom 11.5.2001.

– und hier wiederholte er Zimmer und Pau – „historisch erklärbar und von vielen gewollt“ gewesen sei. Den Kritikern der Erklärung warf er berechtigterweise vor, daß ihre Verteidigung des Zusammenschlusses als gewollt und freiwillig doch nur eine solche von der Besatzungsmacht kommunistisch dominierte meine. Anders als Zimmer, Pau und Holter oder auch Wilfriede Otto stellte Gysi klar, daß die Vereinigung von KPD und SPD von vornherein nicht als eine paritätische geplant worden war, sondern als eine Einschmelzung und somit Liquidierung der SPD. Diese Einsicht liest sich bei Gysi so: „Die Vereinigung war eine Vereinnahmung. Von der Sozialdemokratie sollte letztlich nichts übrig bleiben, und es blieb auch von ihr so gut wie nichts übrig, abgesehen von ehemaligen Mitgliedern der SPD, die sich in der SED einordneten.“⁶³

4.7. Fazit 2001

Wie sind nun die genannten Äußerungen aus dem Inneren der PDS zu deuten? Markieren sie tatsächlich einen Paradigmenwechsel in der Geschichtsinterpretation dieser Partei und somit eine Neubewertung eines für das Selbstverständnis beider Parteien so zentralen Ereignisses wie der Vereinigung von KPD und SPD im Jahre 1946?

Sieht man einmal von Gysis sicherlich bemerkenswertem Eingeständnis ab, daß der Zusammenschluß von KPD und SPD die geplante und auch realisierte Liquidierung der Sozialdemokratie beinhaltete und eine Entschuldigung hierfür angemessen sei, so kann die „Entschuldigungs-Erklärung“ Zimmer/Pau und die Erklärung des Parteivorstands noch immer nur als „halbherziger Revisionismus“ gelten. Beide Politikerinnen verurteilten zwar das an vereinigungsunwilligen Sozialdemokraten begangene „Unrecht“ und entschuldigten sich dafür, doch die Einsichten Gysis blieben ihnen fremd, ebenso sein Verdikt gegen jede Art von „Aufrechnerei“. Die Vorstands-Erklärung vom 5. Mai näherte sich wiederum in einem inhaltlichen Punkt (Liquidierung der Ost-SPD 1946) Gysis Standpunkt, fiel aber mit der brüskten Rücknahme der Zimmer/Pau-Entschuldigung in die Ausgangsposition zurück. Ein Großteil der Basis mochte sich selbst mit dieser halbherzigen Revision nicht identifizieren; er lehnte die „Entschuldigungs-Erklärung“ z.T. leidenschaftlich ab. Ausdruck dieses fragilen Verhältnisses von Führung und Basis war der Verzicht Zimmers auf jegliche Aussagen zur Entschuldigungsproblematik auf dem Dresdner PDS-Parteitag am 6. Oktober 2001.⁶⁴ Aus diesem folgt, daß die ersten Schritte einer Neubewertung des Vereinigungsprozesses nur von einer kleinen Minderheit des Führungspersonals der PDS vollzogen und getragen werden. Ein Paradigmenwechsel in der Geschichtsinterpretation der PDS bedeutet das in diesem Falle also nicht. Daß diese „weiche“ Neubewertung durch den Führungszirkel der Partei überdies noch eher politisch-taktisch motiviert sein dürfte, läßt auch an der Glaubwürdigkeit jener ersten Schritte zweifeln. Die Beteiligung von Petra Pau an der „Entschuldigungs-Erklärung“ zielte nur zu offensichtlich auf die Kooperationsfähigkeit der Berliner PDS. Diese politische Überlegung beschrieb der „Spiegel“-Redakteur Stefan Berg treffend so: „Die neue Bußfertigkeit ist Teil einer fein ausgetüftelten Strategie, mit der den Sozialdemokraten weitere rot-rote Bündnisse im Osten schmackhaft gemacht werden sollen. Parteivorständler spotten bereits, in Anlehnung an die alte Lenin-Losung ‚Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung‘ heiße der neue Slogan nun: ‚Bußfertigkeit plus Wirtschaftskompetenz ist Koalitionsfähigkeit‘. Er-

⁶³ Gregor Gysi, Kritik an Gabi Zimmer und Petra Pau – weder logisch noch konsequent, in: Neues Deutschland vom 12./13.5.2001.

⁶⁴ Vgl. Peter Koard, Gefährlicher Spagat. Ablehnende Haltung der PDS könnte sich bei Wahlen rächen, in: Freie Presse Chemnitz vom 8.10.2001.

klärtes Ziel der Partei sind SPD/PDS-Regierungen in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin – und damit über den Bundesrat mehr Einfluß auf die Bundespolitik.“⁶⁵

4.8. Die Reaktion der SPD

Die Reaktionen der SPD-Führung und weiterer prominenter Sozialdemokraten auf die Entschuldigungs-Erklärung fielen überraschenderweise fast durchweg positiv aus. Hier spielten wohl ebenfalls vor allem politisch-taktische Momente eine wesentliche Rolle. Entschuldigungserklärungen der PDS für die Zwangsvereinigung und den Mauerbau, mochten sie auch einen noch so „halbherzigen Revisionismus“ pflegen und von der Basis kaum getragen werden, erschienen in einer Phase des von der Führung gewollten weiteren Ausbaus der rot-roten Kooperation in Ostdeutschland als geeignete Mittel, der eigenen Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit die fortgesetzte Partnerschaft mit einer angeblich hinreichend gewandelten PDS nachvollziehbar zu begründen. Dies um so mehr, als die SPD-Führung bereits im April 2001 einen Partnerwechsel bei vorgezogenen Neuwahlen in Berlin favorisierte und in Sachsen-Anhalt die PDS ihrerseits angekündigt hatte, sie wolle ab 2002 in einer rot-roten Koalition mitregieren. Insofern darf die „Entschuldigungs-Erklärung“ und die Erklärung zum Mauerbau der PDS sowie die schnelle und wohlwollende Reaktion der SPD als bewußte politisch-taktisch motivierte Interaktion gewertet werden. In diesem Zusammenspiel gab es für kritische Stimmen und Analysen kaum noch Platz.

Selbst für die Medien kam die Reaktion der SPD-Spitze auffällig schnell, „viel schneller, als bisher üblich“, wie der „Spiegel“ süffisant bemerkte. Schon um 14.55 Uhr, also keine Stunde nach dem Ende der Pressekonferenz von Zimmer und Pau, hätten die Nachrichtenagenturen am 18. April gemeldet, daß SPD-Generalsekretär Franz Müntefering die Erklärung der beiden PDS-Politikerinnen begrüße.⁶⁶ In der von Müntefering gezeichneten Pressemitteilung hieß es bereits eingangs: „Die in der heutigen Erklärung von Gabriele Zimmer und Petra Pau enthaltene Geste der Entschuldigung ist ebenso spät wie nötig und erfüllt eine langjährige berechnete Forderung der SPD.“ Mit dieser Aussage erkannte der SPD-Generalsekretär die halbherzige Entschuldigung der PDS-Politikerinnen als ausreichend an, auch wenn er dieselbe weiter unten als „Schritt in die richtige Richtung“ wieder relativierte. Von der fehlenden gremienpolitischen Legitimation der „Entschuldigungs-Erklärung“ war – anders als bei Thierse⁶⁷ - keine Rede. Eine kritische Analyse des Zimmer-Pau-Papiers bot Münteferings Pressemitteilung ebenfalls nicht, auch nicht ansatzweise die Zurückweisung der plumpen Zumutungen im ersten Teil des PDS-Papiers. Dafür stellte Müntefering der PDS eine weitere Zusammenarbeit auf Länderebene in Aussicht. Eine Koalition auf Bundesebene käme dagegen nur in Betracht, wenn die PDS die soziale Marktwirtschaft sowie die außen- und sicherheitspolitischen Realitäten, in die Deutschland eingebettet ist, akzeptiere.⁶⁸

Im Hauptquartier der PDS sorgte die prompte und positive Reaktion der Bundes-SPD für entsprechende Zufriedenheit: PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch lobte das „schnelle und positive Echo“ aus der SPD-Zentrale. Die Sozialdemokraten hätten die Ent-

⁶⁵ Stefan Berg, Ganz schön heftig, in: Der Spiegel, Nr. 17 vom 23.4.2001, S. 36.

⁶⁶ Stefan Berg, Ganz schön heftig, in: Der Spiegel, Nr. 17 vom 23.4.2001, S. 36.

⁶⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.4.2001.

⁶⁸ „Müntefering: Entschuldigung ebenso spät wie nötig“ Pressemitteilung der SPD 135/01 vom 18.4.2001.

schuldigung „im guten Sinne angenommen“.⁶⁹ Nur einmal noch mußte Müntefering zurückrudern: Als nämlich die PDS-Bundesvorsitzende Zimmer in einem Interview mit der „Leipziger Volkszeitung“ am 24. April erklärte, die SPD hätte keinen Grund sich über die Vergangenheitsdiskussion in der PDS zu mokieren, auch die hätte „Leichen im Keller“. Dieser Sprachgebrauch und die jetzt von Zimmer erstmals als sozialdemokratische „Verfehlungen“ aufgelisteten Berufsverbote u.a. gegen Kommunisten in den 70er Jahren⁷⁰ führten zu einer erneuten Reaktion Münteferings, die die Sorge um den politischen Gehalt der „Entschuldigungs-Erklärung“ zum Ausdruck brachte. Angesichts der Wortwahl Zimmers müsse man, so Müntefering, an der „Aufrichtigkeit“ der PDS-Vorsitzenden zweifeln. Er nannte Zimmers Äußerungen mit Blick auf die „Opfer der SED-Herrschaft“ „makaber“ und „eine große Verleumdung der SPD“. Sodann beschwor er Zimmer, „aus Angst vor den Unverbesserlichen in der PDS Ihre Entschuldigung vom 18. April nicht zur Farce“ zu machen“, denn diese habe seiner Einschätzung nach „Gewicht“ gehabt.⁷¹

Münteferings wohlwollende Einschätzung der „Entschuldigung“ fand in der Bundeshauptstadt Berlin nun auch seine handlungsorientierte Fortsetzung. Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Klaus Wowereit, lobte die Berliner PDS-Vorsitzende Petra Pau nur kurze Zeit nach Veröffentlichung ihrer Thesen mit den unmißverständlichen Worten: „Ich nehme ihr die Erklärungen zur Vergangenheit ab.“ Weiterhin meinte der SPD-Politiker, man könne den Jüngeren nicht „bis in alle Ewigkeit“ die DDR vorhalten. Dann sprach Wowereit ein Thema an, das ihn besonders als Berliner interessierte: „Eine distanzierende Erklärung zum Mauerbau wäre ein weiterer wichtiger Schritt der PDS.“ Den Grund für derartige „Erklärungen“ gab er freimütig zu Protokoll: „Ich will, dass wir bei den nächsten Wahlen neben der Großen Koalition auch eine andere Option haben.“⁷² Inzwischen ist klar: Die PDS hat Klaus Wowereit „verstanden“, eine zweite Erklärung zum Mauerbau wurde von ihr veröffentlicht. Die PDS ist nunmehr auch in Berlin als Kooperationspartner anerkannt: Mitte Juni 2001 wurde vor dem Hintergrund der Finanzaffären der von Eberhard Diepgen geführte CDU/SPD-Senat von den Fraktionen der SPD, der Bündnis/Grünen und der PDS gestürzt. Die PDS verhalf mit ihren Stimmen den Sozialdemokraten und Bündnis/Grünen zur Bildung einer Minderheitsregierung Wowereit, die seit diesem Zeitpunkt von der PDS gestützt wird. Daß nach den am 21. Oktober 2001 abgehaltenen Landtagswahlen nun doch kein rot-roter Senat zustande kommen wird, sondern eine „Ampelkoalition“, liegt wohl in der tiefen Zäsur des 11. September und der von Schröder abgelehnten sicherheitspolitischen Positionierung der PDS begründet.

Die am Berliner Beispiel deutlich gewordene Interaktion zwischen SPD und PDS untermauerte der SPD-Landesvorsitzende der Bundeshauptstadt, Peter Strieder, im zeitlichen Umfeld des Regierungswechsels noch einmal öffentlich. So verkündete er den Delegierten des Juni-Parteitages der Berliner SPD, daß die „Aufarbeitung der Geschichte der PDS auch auf den Druck der SPD zurückzuführen ist“. In einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ wurde Strieder am 12. Juli gefragt, was sich mit Blick auf die PDS geändert habe, so daß er sich heute eine Zusammenarbeit vorstellen könne. Es sei doch „noch nicht lange her“, da habe er eine Kooperation mit ihr im Berliner Parlament für „ausgeschlossen“ gehalten. Hierauf erwiderte der SPD-Landesvorsitzende, die „Erklärungen der PDS zur Vergangenheit“ seien „ein wichtiger Punkt“. Es gehe ihm bei der Entschuldigungs-

⁶⁹ Zit. nach Stefan Berg, Ganz schön heftig, in: Der Spiegel, Nr. 17 vom 23.4.2001, S. 36.

⁷⁰ Zit. nach Neues Deutschland vom 25.4.2001.

⁷¹ „Müntefering: Frau Zimmer, was ist Ihre Entschuldigung wert?“ Pressemitteilung der SPD 140/01 vom 24.4.2001.

⁷² Zit. nach Stefan Berg, Ganz schön heftig, in: Der Spiegel, Nr. 17 vom 23.4.2001, S. 36.

problematik um eine „ehrliche Auseinandersetzung“ innerhalb der PDS, die „auch die Basis erreicht“. Die PDS sei nur glaubwürdig, „wenn sie insgesamt als Partei auch ein Verhältnis zu ihrer Geschichte entwickelt und damit zum Stalinismus“. ⁷³ Zu diesem Zeitpunkt war für jedermann sichtbar, daß große Teile der PDS-Basis sich keinesfalls mit der „Entschuldigungs-Erklärung“ Zimmer/Pau identifiziert hatten, Strieders Aufarbeitungskriterien also Wunschdenken bleiben mußten. Dieser Einsicht und einer kritischen Analyse der PDS-Erklärungen mochten sich Wowereit und Strieder wohl aus machtpolitischen Erwägungen verschließen.

Im Gegensatz zu den Berliner Landesspitzen der Partei und Müntefering sah Stephan Hilsberg, SDP-Mitbegründer von 1989 und brandenburgischer Bundestagsabgeordneter, in der „Entschuldigungs-Erklärung“ der PDS kein Zeichen einer geschichtsinterpretatorischen Wende. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium warnte seine Partei in einem Interview mit der „Lausitzer Rundschau“ Mitte Juni eindringlich davor, sich nicht durch die „Entschuldigungsarie“ der letzten Wochen täuschen zu lassen. Weder hätte sich die Struktur der PDS in den letzten Jahren „wesentlich geändert“, noch sei sie in ihrer programmatischen Debatte vorangekommen. Sie verfüge auch nicht über „moderne Lösungsansätze“ z.B. für eine derart verschuldete Stadt wie Berlin. Nach wie vor stelle die PDS den „totalitären Sozialismus“ als einen „legitimen Versuch in der Geschichte“ dar. Deshalb wäre es „fatal, wenn die SPD die PDS schönreden würde. Sie ist noch lange keine normale demokratische Partei.“ ⁷⁴

Die einzige kritische Analyse der „Entschuldigungs-Erklärung“ von seiten sozialdemokratischer Politiker lieferte der „Gesprächskreis Neue Mitte“, in dem sich seit 1999 kommunistuskritische Sozialdemokraten zusammengeschlossen haben. Die am 19. April veröffentlichte Pressemitteilung stammte von den Sprechern des Kreises, dem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Uwe Küster (Magdeburg), dem brandenburgischen Bundestagsabgeordneten und früheren DDR-Außenminister (1990) Markus Meckel, und Gunter Weißgerber, dem Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Leipzig und Chef der Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten Sachsens. Alle drei begrüßten zwar eingangs die „erstmal in dieser Deutlichkeit“ vorgetragenen Äußerungen zu den „schwarzen Seiten dieses Vorgangs und seinen Opfern“. Andererseits zeigten sie sich aber „umso mehr befremdet, daß sie (Zimmer-Pau, M.S.) dieser Erklärung haltlose Beschuldigungen gegen die SPD vorausschicken“. Küster, Meckel und Weißgerber nahmen diese Vorwürfe zum Anlaß, sowohl das Geschichtsbild der beiden PDS-Politikerinnen als auch die unterschiedlichen historischen Rollen von KPD und SPD in der Weimarer Zeit zu beleuchten: „Offenbar verstehen sie die Weimarer Republik noch immer nicht als Demokratie mit Gewaltenteilung, sondern als Diktatur, in der, wie in der DDR, eine Regierung Mißliebige aus politischen Gründen ins Gefängnis werfen konnte. Die SPD hat sich niemals in ihrer Geschichte diktatorischer Methoden bedient, sondern die parlamentarische Demokratie gegen Angriffe von rechts wie von links verteidigt. Es war vielmehr die KPD, die 1919 die Diktatur des Proletariats angestrebt, eine verfassungsgebende Versammlung zu verhindern gesucht und damit ihre Verachtung für die parlamentarische Demokratie dokumentiert hat.“ Als „schon fast beleidigend“ empfanden die drei SPD-Politiker darüber hinaus die „nun wiederholte Entschuldigung“ dafür, „daß die ehemalige Führung der SED unser Land in eine existenzgefährdende Krise geführt hat“.

⁷³ Interview mit Peter Strieder, Berlin vor der Wahl: Die Option PDS halten wir uns offen, in: Neues Deutschland vom 12.7.2001.

⁷⁴ Interview mit Stephan Hilsberg, Rot-Rot in Berlin gefährdet Koalition in Brandenburg, in: Lausitzer Rundschau (Elbe-Elster-Rundschau) vom 16.6.2001.

Dies klinge so, als wäre der DDR-Staatspartei nur ihr Versagen gegen Ende ihrer Herrschaft vorzuwerfen, und „als wären wir froh, wenn die DDR noch heute existiere“.⁷⁵ Dabei sei das ganze Gegenteil der Fall.

Die politische Wirksamkeit einer derartigen Analyse fällt im Jahre 2001 freilich noch geringer aus als in den vorangegangenen Jahren. Allein in Sachsen überwiegt bislang der Teil der Partei, der aus grundsätzlichen, politisch-historischen Erwägungen eine Kooperation mit der PDS auf Landesebene ablehnt. Zu den einflußreichen Galionsfiguren dieser Mehrheit zählen in erster Linie der bereits genannte Gunther Weißgerber, der Staatsminister für den Aufbau Ost, der SPD-Landesvize Rolf Schwanitz, die SPD-Landesvorsitzende Constanze Krehl sowie der Vorsitzende des Koordinierungsausschusses sächsischer Verbände kommunistisch Verfolgter Gerhard Brenn, der zugleich auch Chef des Arbeitskreises verfolgter Sozialdemokraten (AvS) ist. Diese Funktions- und Mandatsträger handeln nach dem Weißgerber-Credo „Ein guter Sozialdemokrat muß Antikommunist sein“.⁷⁶

Resümee

Betrachtet man die geschichtsinterpretatorische Entwicklung der PDS seit 1990, so fällt auf, daß Veränderungen und Zugeständnisse nur unter dem Druck von außen, vornehmlich von der SPD, zustande kamen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die von den PDS-Führungen zu verantwortenden Zugeständnisse wie die Schweriner Erklärung von 1996 oder die zentrale und später wieder relativierte „Entschuldigungs-Erklärung“ von 2001 vor allem aus politisch-taktischem Kalkül entstanden sind. Der Wunsch nach Regierungsbeteiligung auf Länderebene war hierfür maßgebend. Auffällig ist in diesem Kontext die Verweigerungshaltung eines Großteils der Basis. Er trägt den von der Führung verfolgten Kurs eines „Halbherzigen Revisionismus“ nicht mit, da ihm hierfür die politisch-taktische Motivierung fehlt. Bei den PDS-gebundenen Historikern wird wiederum deutlich, daß sie längst einsehbare Forschungsergebnisse nur partiell zur Kenntnis nehmen, um so ihr Vorverständnis des Vereinigungsprozesses nicht weiter hinterfragen zu müssen. Von einer tatsächlichen, die gesamte Partei erfassenden und den historischen Tatsachen hinlänglich gerecht werdenden Geschichtsaufarbeitung im Falle der Liquidierung der Ost-SPD 1946 kann deshalb nach wie vor nicht die Rede sein. Dadurch, daß die SPD aus koalitionspolitischen Gesichtspunkten der von Hilsberg und Weißgerber geforderten offensiven Auseinandersetzung mehr und mehr ausweicht und sich klarer Vorgaben an die PDS enthält, müssen sich die Postkommunisten auch keinesfalls zu einer tiefgreifenden Revision ihres Geschichtsbildes veranlaßt sehen.

(Anmerkung der Redaktion: Der Artikel wurde vor dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, FDP und Grünen in Berlin verfaßt.)

⁷⁵ Pressemitteilung Gesprächskreis Neue Mitte, Uwe Küster, Markus Meckel, Gunter Weißgerber vom 19.4.2001.

⁷⁶ Markus Lesch, Sachsens Sozialdemokraten distanzieren sich von anderen Ost-Genossen. Landesverband lehnt Zusammenarbeit mit der PDS kategorisch ab: „Ein guter Sozialdemokrat muß Antikommunist sein“, in: Die Welt vom 6./7.6.1998.